

Sehr geehrter Herr Landrat,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren, die Sie unsere heutige Sitzung besuchen.

Die Ereignisse der letzten Wochen und Tage waren bestürzend und beklemmend, ja sie haben uns auf einen Schlag vor Augen geführt, dass Freiheit und Demokratie keine Selbstläufer sind. Als Demokraten dürfen wir nicht nachlassen, die demokratische Grundordnung immer wieder aufs Neue zu verteidigen und die Menschen davon zu überzeugen, dass es keine andere Staatsform gibt, die die Freiheit und Würde der Menschen mehr achtet.

Wir müssen uns vehement gegen jede Form von Extremismus und Ideologien zur Wehr setzen.

Viele Landesparlamente und auch der Bundestag haben der Opfer der Neonazis, der rechten Terrorgruppe gedacht. Gleichzeitig hat der Bundestag einen Entschließungsantrag gegen den Rechtsextremismus mit allen Parteien, die im Bundestag vertreten sind, beschlossen.

In der Zeitschrift das Parlament, in der Ausgabe Nr. 48, vom Montag 28. November 2011 ist sehr treffend zum Ausdruck gebracht, was auch uns bewegt hat. So heißt es dort:

„In dem Beschluss zeigt sich das Parlament „zutiefst beschämt“, dass „nach den ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes rechtsextremistische Ideologie in unserem Land eine blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten hervorbringt“. Zugleich unterstreicht der Bundestag seine Entschlossenheit, „sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen als auch die unabdingbaren Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen“ Auch müsse man alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren....“.

Ich glaube, wir alle sind uns im Kreistag einig, dass diese Ereignisse unser Land zutiefst erschüttern. Und es ist mehr als bedrückend, dass Menschen aus dem Kreis Heinsberg als potentielle Opfer auf einer Liste der rechtsterroristischen Gruppierung stehen.

Allerdings halten die CDU-Fraktion und auch ich persönlich die Art und Weise des Zustandekommens dieses Antrages für nicht sehr glücklich.

In einem Gespräch mit Frau Meurer hatten wir vereinbart, dass wir uns nach ihrer Rückkehr von einer Afrikareise noch einmal zusammensetzen, um die Thematik zu diskutieren und das weitere Vorgehen zu besprechen.

Mit Verwunderung habe ich dann festgestellt, dass am 05. Dezember der heute vorliegende Antrag von der SPD Fraktion an die übrigen Kreistagsfraktionen versandt wurde. Im Anschreiben zu diesem Antrag wurde darauf hingewiesen, dass man sich bis zum 06. Dezember, 12.30 Uhr erklären muss, ob man sich dem Antrag anschließt oder nicht. Und redaktionelle Änderungen am Antrag wurden von vornherein ausgeschlossen.

Meine Damen und Herren, ich dachte die Zeiten wären vorbei, wo wir so miteinander umgehen. Zumal eine jede und ein jeder die Wichtigkeit dieses Antrages in den vorangegangenen Ausführungen unterstrichen hat.

Ich hätte mich sehr darüber gefreut, wenn die Logos aller Fraktionen im Kopf des Antrages gestanden hätten. Es wäre schön, wenn wir bei Anträgen mit solcher Tragweite und Symbolkraft wieder zur geübten Praxis zurückfinden würden.

Kommen wir aber nun zum Antrag selber.

Ich möchte noch einmal zum Ausdruck bringen, dass die CDU-Kreistagsfraktion die Taten des rechten Terrors aufs Schärfste verurteilt und wir sind mit Ihnen der Meinung, dass wir alle Möglichkeiten ausschöpfen müssen, die Ideologie des Rechtsextremismus zu bekämpfen. Und wir begrüßen es auch ausdrücklich, dass in diesen Tagen wieder die Möglichkeit eines NPD-Verbotes geprüft wird.

Bereits seit einiger Zeit haben wir als Kreistag für die Bildungsoffensive gegen Extremismus eine Haushaltsstelle geschaffen, in der 25.000 Euro zur Verfügung stehen, um Aktionen und Aufklärungsarbeit gegen jedwede Form von Extremismus zu unterstützen.

Und wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger im Bündnis gegen Rechtsextremismus engagieren.

Wir werden dem Antrag zum Beitritt in das Bündnis gegen Rechtsextremismus - für Demokratie und Toleranz vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse auch im Kreis Heinsberg zustimmen. Wir wollen damit deutlich machen, dass die aktuelle Situation ein deutliches gemeinsames Bekenntnis gegen Rechtsextremismus (fast) aller im Kreistag vertretenen Parteien erforderlich macht.

Trotzdem weisen wir darauf hin, dass eine Gebietskörperschaft - wie der Kreis Heinsberg - für einen Beitritt zum Bündnis keine ideale Lösung darstellt. Vielmehr sollte jeder Einzelne - also auch wir Kreistagsmitglieder - Flagge zeigen und uns engagieren.

Außerdem kritisieren wir auch heute, wie schon an anderer Stelle, dass das Bündnis nicht ausdrücklich jede Form von Extremismus, sowohl von rechts - wie auch von links verurteilt.

Ebenfalls zu kritisieren ist es, dass keine Regelungen bestehen, mit der z.B. linksextremistische Gruppierungen oder Parteien, aber auch andere Gruppen, die nicht auf der Grundlage unseres Grundgesetzes und zum Teil unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen, aus dem Bündnis ausgeschlossen, oder gar nicht erst aufgenommen werden können.

Denn wir sind der Überzeugung, dass man die Demokratie nur mit Demokraten verteidigen kann.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.